

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagsgesellschaft für das Erzgebirge
Verlagsgesellschaft für das Erzgebirge
Verlagsgesellschaft für das Erzgebirge
Verlagsgesellschaft für das Erzgebirge

Druckkosten nehmen die Anzeigen
und die Anzeigen des Anzeigers
ab. — Einzelne Anzeigen
preislich — Preislich Nr. 11.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirge. Inhaltlich die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postamt-Nr. 11. 19. Jahrgang

Nr. 92

Donnerstag, den 17. April 1924

19. Jahrgang

Rußland als Absatzgebiet.

Die Leitung der russischen Handelsdelegation in Berlin schreibt auf eine Anfrage zu obigem Thema:

Im Zusammenhang mit der Anerkennungsbewegung Russlands durch die Großmächte wächst auch das wirtschaftliche Interesse an diesem Lande immer mehr. Bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Möglichkeiten in Russland fällt die Verschiedenartigkeit der Beurteilung auf. Das Bild, welches außerhalb Russlands von dem wirtschaftlichen Leben dieses Landes entworfen wird, ist oft so widersprechend, daß es jedem Interessenten der wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Landes außerordentlich schwer fallen muß, aus den teils abseits und teils unrichtigen Berichten, sich einen auch nur annähernd richtigen Begriff von der wahren Lage des Landes zu machen. In einem Punkte nur scheinen alle Berichte übereinzustimmen, daß nämlich Russland mit seinen ungeheueren Naturerschöpfungen das Land der Zukunft ist.

Eine objektive Beurteilung der wirtschaftlichen Lage Russlands wird an der Tatsache nicht vorbeigehen können, daß die letzten Monate außerordentlich viel zum Wiederaufbau beigetragen haben. Die Produktionsziffern einiger wichtiger Industriezweige, wie der elektrischen, der Gummi- und der Feinindustrie zeigen eine ganz wesentliche Zunahme. Teilweise konnte die Produktion bis zu 50 Prozent der Vorkriegszeit gesteigert werden. Es braucht keinesfalls gelugnet zu werden, daß viele Fabriken nur mit einem Bruchteil ihrer normalen Belegschaft arbeiten und daß gewisse Industriezweige noch stark unter der Liniensicherung der Produktion und an dem Mangel einer angemessenen Betriebsorganisation leiden. Andererseits steht ebenso fest, daß lebenswichtige Industriezweige, wie z. B. der Kohlenbergbau, das Holzgeschäft und der Handelsverkehr in landwirtschaftlichen Produkten aller Art in letzter Zeit eine außerordentliche Verbesserung aufweisen.

Mit der Stabilisierung der inneren Wirtschaftsverhältnisse Russlands wird natürlich die Ausnahmeherrschaft des russischen Marktes außerordentlich wachsen, umso mehr, wenn sich, was zu erhoffen steht, auch die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung entsprechend hebt. Auch hier haben die letzten Monate eine wesentliche Verbesserung der Lage gebracht, da infolge der Steigerung der Mehrwertsteuer die Einnahmen der Bauern wesentlich gestiegen sind. Die Zahl der „Scherer“, d. h. von dem Wirtschaftskreislauf zwischen der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion trifft jedenfalls heute nicht mehr zu. Der Absatz landwirtschaftlicher Maschinen und Bedarfsartikel wird sich daher zweifellos in diesem Jahre weit besser anlaufen als im vorigen, namentlich wenn die diesjährige Ernte, wie zu erwarten steht, einen guten Ausfall zeigen wird. Auch Fertigsfabrikate für industrielle Bedarfs, wie Werkzeugmaschinen, Elektromotoren, Metallwaren, ferner chemische Artikel, Farbstoffe usw. werden voraussichtlich infolge der Besserung der industriellen Lage in weit höherem Umfange gesucht werden als bisher.

Zu einer Sanierung der inneren Verhältnisse hat die seit einigen Wochen eingeleitete Währungsreform viel beigetragen. Vor mehr als Jahresfrist durch die Ausgabe von Scheinwährung eingeleitet, um den Großhandelsverkehr mit einer stabilen Währung zu versehen, werden diese währungsrechtlichen Maßnahmen nunmehr durch das Eingehen der Sowjetrubelwährung und durch die Ausgabe von Silber- und Kupfergeld gefördert.

Der deutsche Kaufmann, der sich dem russischen Geschäft widmen will, muß sich vor allen Dingen vergegenwärtigen, daß die Grundlagen des Handelsverkehrs zwischen Russland und dem Auslande durch die Verstaatlichung des russischen Außenhandels völlig neue geworden sind. Anstelle der privatwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Firmen auf beiden Seiten, treten heute auf Russlands Seite neue Gruppen auf, nämlich die im Auslande tätigen staatlichen Wirtschaftsorgane, die Syndikate und Trusts, die in der Hauptsache als Träger des Handels zwischen Russland und dem Auslande fungieren. Die zuständige amtliche Stelle für den russischen Außenhandel mit Deutschland ist die Handelsvertretung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken in Berlin. Diese Handelsvertretung tritt als Vertreterin des russischen Staates den deutschen Kontrahenten gegenüber auf, wobei die russische Regierung die volle Verantwortung für sämtliche durch die Handelsvertretung in Deutschland abgeschlossenen Geschäfte übernimmt. Trotzdem diese Art des Verkehrs das Geschäft vielfach etwas erschwert, und das Fehlen der Möglichkeit, sich unmittelbar mit dem russischen Interessenten in Verbindung zu setzen, privatwirtschaftlich betrachtet als ein gewisser Mangel angesehen werden kann, bietet das Geschäft mit der Handelsvertretung dadurch erheblich größere Gewinnschancen, daß es sich gewöhnlich um große Warenquantitäten und ausgedehnte Warenlieferungen handelt.

Eine weitere Möglichkeit, in Russland Geschäfte zu machen, bieten die seit etwa einem halben Jahre ins Leben gerufenen Konsignationslager. Hier gibt der ausländische Kaufmann seine Waren zu treuen Händen nach Russland. Sie bleiben bis zum Verkauf der durch staatlich kontrollierte Organisationen erfolgt, sein Eigentum, während die Abrechnung nach dem Verkauf der Ware mit russischer Bescheinigung erfolgt.

Man hat es dem russischen Geschäft vielfach verübelt, daß es meist auf Basis umfangreicher Kredite getätigt wird, und daß zum mindesten namentlich für Restbeträge langfristige Kreditlinien gefordert werden. Der ausländische Geschäftsmann sollte hierbei bedenken, daß Russland in einem systematischen Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens begriffen ist und daß hierbei Handels- wie Zahlungsbilanz eine große Rolle spielen. Es ist daher nur natürlich, daß die Regierung die Einfuhr auf die absolut notwendigen und lebenswichtigen Artikel zu beschränken sucht und den Import weniger wichtiger Dinge dadurch möglich zu machen bestrebt ist, daß durch die Verteilung der Bezahlung auf einen längeren Zeitraum im Wege des Kredits einem Geldabfluß nach dem Auslande vorgebeugt wird. Wenn bei dieser Wirtschaftspolitik Deutschland andern kapitalkräftigen Ländern gegenüber im Nachteil ist, so ist dies weniger die Schuld seines russischen Kontrahenten, als eine Folge der augenblicklichen Kapitalknappheit und Kreditnot in Deutschland.

Als Ausfuhrland kommt Russland nach Westen vornehmlich für die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Rohstoffen, wie Getreide, Flachs, Ölsaaten, Häuten und Fellen, Borsten usw. in Frage. Neuerdings tritt es auch als Lieferant hochwertiger Nahrungsmittel, wie Butter und Eier auf. Nach Osten liefert Russland auch Fertigfabrikate, vornehmlich Textilien und Metallwaren.

Der deutsche Kaufmann, der sich dem Russlandgeschäft widmen will, wird gut daran tun, die Besonderheit der russischen Geschäftsverhältnisse in seine Kalkulationen einzuführen. Durch seine Nähe und die Gemeinsamkeit der Interessen bietet Russland die denkbar besten Vorbedingungen eines aufnahmefähigen Marktes. Russlands natürliche Reichtümer sind unermesslich und das Problem ihrer Hebung nur eine Frage der Zeit. Nicht nur durch seine nachbarliche Lage, sondern auch durch seine hochentwickelte Industrie ist Deutschland vornehmlich dazu berufen, die Hand zum Wiederaufbau Russlands zu bieten.

Poincare

über das Sachverständigengutachten „Deutschland ist fähig zu zahlen.“

Räumung des Ruhrgebietes erst nach Bezahlung des französischen Reparationsanteils.

Auf einem Festbankett der demokratischen und der sozialistischen, republikanischen Partei in Paris hielt Poincare eine Rede, in deren Mittelpunkt die deutsche Frage stand. Ueber das Dawes-Gutachten sagte Poincare: Ich habe in deutschen Zeitungen, und was noch überraschender ist, in gewissen französischen Blättern gelesen, daß der Bericht der Sachverständigen die Beurteilung unserer Politik und insbesondere der Ruhrbesetzung bedeute. Die Berichte der Sachverständigen sind im Gegenteil die eloquente Rechtfertigung der Politik, der der Senat und die Kammer zugestimmt haben. Sie beweisen, daß trotz aller Dementis Deutschland sich nur allzu sehr verarmt hat und daß es fähig ist, zu zahlen. Es hat 8750 Millionen Goldmark außer Landes gehen lassen. An ausländischen Devisen sind in Deutschland für 1200 Millionen Goldmark (7) Deutschland hat keinen Währungsdruck so viel Steuern auferlegt wie die alliierten Nationen. Es hat seit 1919 nicht aufgehört, seine wirtschaftlichen Einrichtungen zu verbessern, sein Eisenbahnsystem zu vervollkommen, seine Telefon- und Telegraphenverbindungen, seine Häfen und Ähnliches auszubauen. Seine Industrie ist so organisiert, daß sie eine höhere Produktion erzielen kann als vor dem Kriege. Das Land ist mit natürlichen Reichtümern gesegnet, und es hat die Mittel, sie in weitestem Maße auszubeuten. Seine Bevölkerung ist im Wachsen begriffen, seine Landwirtschaft entwickelt sich.

Das sind die Feststellungen der Sachverständigen. Und sie erklären ferner, daß Deutschland in der Lage ist, einen privilegierten Platz in der Welt einzunehmen. Das ist daselbe, was wir gesagt haben, und was Deutschland leugnet, und was sogar bei uns selbst viele Leute nicht glauben wollten. Andererseits ist das Ermittlungsverfahren von den Experten genau in dem Rahmen durchgeführt worden, den wir gesteckt hatten. Sie kommen nicht zu dem Schluss, daß die Riffer der deutschen Schuld herabgesetzt werden muß. Sie beharren uns auch die Möglichkeit vor, den Teil unserer eigenen Forderung zu zinsen der Regelung der alliierten Schulden geltend zu machen, wie wir das stets getan haben. Sie legen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Zukunft nicht fest; sie setzen vielmehr, daß diese Zahlungsfähigkeit ununterbrochen wachsen wird. In diesen wesentlichen Punkten ist es also die französische Auffassung gewesen, die den Sieg davongetragen hat. Schließlich sind die für die nächsten Jahre vorgesehenen Zahlungen und Abgaben Leistungen nicht allein höher als sie Deutschland für möglich erklärte, sondern auch als die Bonar Law im Auge faßte, wie wir im Ruhrgebiet einrückten. Unsere Besetzung, die im abgelaufenen produktiv geworden ist, hat alle die doppelte Ein-

führung gehabt, die wir von ihr erhofft hatten. Sie hat als Unterstützung für unsere Alliierten und als Zwangsmittel gegenüber Deutschland gedient. Jetzt wird es Sache der Reparationskommission sein, im Rahmen ihrer Kompetenzen einen endgültigen Plan aufzustellen und bei Deutschland durchzusetzen, daß es die nötigen Gesetze annimmt, und die von den Sachverständigen vorgeschlagenen Kontrollmaßnahmen in präzisier Form zu organisieren.

Dieser Plan wird in seiner Gesamtheit ohne Zweifel die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit Deutschlands voraussetzen. Über vorläufige wird man verlangen können, daß wir unsere Pfänder erst gegen umfangreichere und einträglichere Austauschmittel auf prinzipielle Erklärungen, nicht auf ein bloßes mit den Lippen gegebenes Versprechen hin, sondern, wie es die Sachverständigen ausdrücklich schreiben, erst nachdem Deutschland in die Ausföhrung des Sachverständigenplanes eingetreten ist.

Es kann „selbstverständlich“ keine Rede davon sein, daß wir uns aus dem Ruhrgebiet zurückziehen, ehe wir die Bezahlung des Anteils erlangt haben, der uns zusteht.

Ebensowenig kann die Rede davon sein, daß wir die Kontrolle unserer Pfänder lockern, ohne daß wir die Möglichkeit die Möglichkeit in der Hand behalten, diese Kontrolle strenger und rasch wieder herzustellen. Der Bericht steht sogar vor, daß politische Sanktionen zur Garantie der Durchführung des vorgesehenen Planes allzu leichtenswert gelten können. Die Sachverständigen erklären mit Recht, daß diese Sanktionen nicht in der Zuständigkeitsbereich gehören und daß es Sache der Alliierten sei, ihre Art zu bestimmen und ihre Wirksamkeit zu sichern. Wir werden also über diesen Punkt mit unseren Alliierten zu beraten haben, und da die von uns geschaffenen Organisationen in unserer Hand sind, muß es uns lechster sein, als im Jahre 1923, mit uns verständigen und unsere Interessen dabei zu wahren.

Dies zu vernachlässigen, bedeutet das Bisherige wahren des deutschen Imperialisismus. Es muß wir den Frieden lieben, um so entschlossener sind wir, nicht zu dulden, daß er gestört oder bedroht wird. Dieser Wille ist glücklicherweise bei unseren Alliierten ebenso stark wie bei uns. Frankreich für seinen Teil würde lokal nach diesem Einverständnis der Alliierten handeln, in dem Bewußtsein, so gleichzeitig seiner eigenen Sache, wie der seiner Freunde und der des Völkergeschlechtes (V) zu dienen.

Eine Erklärung Macdonalds.

In Verbindung mit der von den Sachverständigen für Deutschland vorgeschlagenen ausländischen Anleihe von 40 Millionen Pfund Sterling fragte Lord Bampfden Lord Bampfden den Premierminister im Unterhaus, ob sich die Regierung nicht dafür verbürgen würde, daß die Unterstützung Großbritanniens nur unter der Bedingung einer militärischen und wirtschaftlichen Hilfe seitens der Franzosen gegeben würde. Macdonald antwortete: Die Empfehlung der Sachverständigen beruht auf der Annahme, daß die finanzielle und wirtschaftliche Freiheit Deutschlands wieder hergestellt wird und daß die wirtschaftliche Freiheit nicht durch eine andere ausländische Organisation gehindert oder behindert wird als die in dem Bericht vorgesehene Kontrolle.

Macdonald sagte ferner, die Sachverständigen hätten ausdrücklich festgelegt, daß ihre Empfehlung als ein untrennbares Ganzes betrachtet werden solle und sagte ferner: Ich habe bereits erklärt, daß die Regierung bereit ist, den Plan in seiner Gesamtheit zu unterstützen, vorausgesetzt, daß alle anderen Parteien willens sind, dasselbe Verfahren einzuschlagen. Macdonald bemerkte weiter, er glaube nicht, daß er im gegenwärtigen Stadium seinen bisherigen Ausführungen etwas Neues hinzufügen oder in eine Einzelbesprechung eintreten könnte.

Die „Times“ bezeichnen die Erklärung Macdonalds im Unterhaus als sehr bedeutsam. Das volle Gewicht des britischen Einflusses sei jetzt endgültig zum Ausdruck gekommen. Die deutsche Regierung bräche offiziell den Bereitschaft aus, bei Durchführung der Sachverständigenpläne mitzuwirken. Es könne aber erwartet werden, daß die Reparationskommission bald die Gelegenheit erlangen werde, die Berichte allen in Frage kommenden Regierungen formell mitzuteilen. Poincares Rede könne zwar keineswegs als verbindlich angesehen werden, es sei jedoch unnötig, Neuerungen, die mit dem Währungsplan gemacht würden, in dem Poincares Außenpolitik den Hauptpunkt bildet, Verantwortlichkeit über internationale Bedeutung beizumessen.

England und die deutschen Ausgewiesenen.

Auf die Frage eines Abzuges im Unterhaus ob der Staatsbesuch des Auswärtigen die Gesamtheit